

## Rechtsschutz, Gesetzgebung u. Rechtsprechung.

Anspruch auf Rechtsschutz  
haben nur die Mitglieder des Verbandes. Diesbezügliche  
Anträge sind an das Schriftamt zu richten. Als Syndikus  
des D. U.-G.-V. fungiert Herr Hans Meyer, Rechtsanwalt,  
Berlin SW 48, Wilhelmstr. 20, Telephon: Amt 6 No. 10681.

Nachdruck

verboten.

Rohmaterial darf nicht gepfändet werden, sofern es zur Fortsetzung eines gewerblichen Betriebes nicht entbehrt werden kann. Ein Gläubiger liess bei einem Klempnermeister 80 Pfund Zinn pfänden. Auf erhobene Beschwerde durch mehrere Instanzen wurde zuletzt vom Oberlandesgericht Köln entschieden, dass dem Meister mindestens 20 Pfund Zinn gelassen werden müssten. Das Zinn gehöre zwar nicht zu dem unentbehrlichen Handwerkszeug, das gesetzlich überhaupt nicht gepfändet werden darf, allein zur Ausübung des Berufes genüge das Werkzeug nicht allein, es müsse auch ein gewisser Vorrat von Rohmaterial, etwa für 14 Tage ausreichend, dem Schuldner belassen werden.

Eine telegraphische Zusage ist nur eine Vorverhandlung. Sehr oft werden Offerten gemacht im Handelsverkehr, die dann auf telegraphischem Wege angenommen werden. Etwa mit den Worten: „Einverstanden, oder: angenommen, Brief folgt.“ Wie das Oberlandesgericht Colmar entschieden hat, ist in einem solchen Wortlaut noch kein endgültiges Zustandekommen eines Vertrages zu erblicken, sondern nur eine Vorverhandlung. Denn der Absender hat ausdrücklich angegeben: „Brief folgt“ und damit zweifellos ausdrücken wollen, dass er noch etwas zu sagen habe, sodass das Zustandekommen des Vertrages erst von dem Inhalt des angekündigten Briefes abhängig gewesen sei.

Betriebsschaden durch vorzeitigen Austritt eines Technikers. Ein Techniker, der vorzeitig seine Stellung verlässt, haftet nach einem Kammergerichtsurteil vom 20. April 1907 für jeden dem Geschäftsherrn durch eine dadurch verursachte Betriebseinschränkung oder Störung entstandenen Vermögensnachteil. Dieser Nachteil ist frei zu schätzen.

Widerrechtlicher Gebrauch eines Automobils. Benutzt ein Chauffeur das Automobil seines Brotherrn ohne dessen Wissen und Willen zu seinem eigenen Vergnügen, so haftet nach einem Urteil des Oberlandesgerichtes Karlsruhe der Automobilbesitzer nicht für die Folgen eines angerichteten Unfalls.

Unterhaltsansprüche eines Kindes. Lebt eine Ehefrau getrennt von ihrem Manne, so hat das bei ihr befindliche gemeinsame Kind, wie ebenfalls das Oberlandesgericht Karlsruhe entschieden hat, gegen seinen Vater einen Rechtsanspruch auf Unterhalt durch eine Geldrente.

Frist beim Auszug aus einer Mietwohnung. Nach § 557 des Bürgerlichen Gesetzbuchs muss dem Mieter zur Erfüllung seiner Vertragspflicht beim Auszug eine nach Treu und Glauben oder nach ortsüblicher Verkehrssitte angemessene Frist gewährt werden. Für diese Frist noch Mietzins zu verlangen, ist nach einem Urteil des Oberlandesgerichtes Stuttgart vom 27. September 1907 unzulässig.

Doppelte Anwaltsgebühren. Wird eine Klagsache vom Amtsgericht an ein Landgericht verwiesen, so sind die Gebühren nur dann für zwei Anwälte, also doppelt zu zahlen, wenn in der Person des Anwaltes deshalb ein Wechsel eintreten musste, weil der erste Anwalt beim Landgericht nicht zugelassen ist.

Vertretung durch einen Bureauvorsteher in Beweisternen. Wird der prozessbevollmächtigte Anwalt in einem auswärtigen Beweistern durch seinen Bureauvorsteher vertreten, so ist die Anrechnung einer Beweisgebühr

unzulässig. Nach einem Urteil des Oberlandesgerichtes Breslau vom 26. März 1907 können nur die wirklich nachgewiesenen Aufwendungen zur Erstattung liquidiert werden. Diese Reisekosten sind aber auf alle Fälle erstattungsfähig, wie zufällig am gleichen Tage auch das Oberlandesgericht Naumburg entschieden hat, weil jede Partei das Recht hat, sich bei Beweisternen vertreten zu lassen.

Warenforderungen dürfen vom Gehalte nicht abgezogen werden. Eine Verkäuferin hatte durch Unterschrift auf ihre Rechte aus § 63 Absatz 1 des Handelsgesetzbuches verzichtet und war damit einverstanden, dass ihr jeder Tag, den sie im Geschäft fehle, vom Gehalte abgezogen werden dürfe. Sie wurde krank und verlangte 24,85 Mk. Restgehalt. Der Beklagte hatte der Verkäuferin für ca. 30 Mark Waren geliefert, und wollte diese Forderung aufrechnen. Das Kaufmannsgericht Hamburg hat entschieden, dass diese Aufrechnung nach § 394 des Bürgerlichen Gesetzbuches und § 1 des Lohnbeschlagnahmengesetzes unzulässig sei. Beklagter hat den Restgehalt zu zahlen, die Warenlieferung ist eine Forderung für sich.

Ausgehen ohne Erlaubnis ist sofortiger Entlassungsgrund. Ein Handlungsgehilfe, der in das Haus seines Prinzipals aufgenommen war, also dort wohnte, hatte sich heimlich einen Hausschlüssel beschafft und war ohne Erlaubnis ausgegangen. Der Prinzipal hatte den Gehilfen daraufhin sofort entlassen. Auf erhobene Klage gab das Kaufmannsgericht Magdeburg dem beklagten Prinzipal Recht. Es liege eine erhebliche Verletzung der Hausordnung vor. Das Urteil ist etwas unverständlich. Die Freizeit gehört doch dem Gehilfen.

Unfall-Entschädigung für ein Kind. Ein Kind unter 13 Jahren darf nach § 135 der Gewerbeordnung nicht in einer Fabrik etc. beschäftigt werden. Ein Dienstvertrag wäre zivilrechtlich ungiltig. Dennoch ist ein Kind, das in einer Fabrik etc. beschäftigt wird, von der Unfallversicherung und also auch von der Unfall-Entschädigung nicht ausgeschlossen, denn, so hat der 3. Senat des Reichsgerichtes am 22. März 1907 geurteilt, die Unfallversicherung setzt nach dem Gesetz nur ein tatsächlich bestehendes Arbeitsverhältnis voraus, nicht aber verlangt das Gesetz das Vorhandensein eines zivilrechtlich giltigen Dienstvertrages.

Wert eines Diebstahlsobjektes. Nach einem Urteil des 2. Strafsenats des Reichsgerichtes vom 22. Januar 1907 ist ein Diebstahlsubjekt nach demjenigen Werte zu bemessen, den es zur Zeit der Entwendung hatte. Gestohlene Feldfrüchte sind also nicht nach dem Werte zu beurteilen, den sie bei ihrer Reife haben würden, sondern wenn der Diebstahl schon vorher geschah, unter Umständen sogar als wertlos zu bezeichnen.

Zurückbehaltung der Invaliden-Quittungskarte. Nach den Vorschriften der Gesinde-Ordnung darf ein Dienstherr ohne gesetzmässigen Grund den Dienst nicht verlassen und er kann durch Zwangsmittel zur Fortsetzung des Dienstes angehalten werden. Dennoch darf ein Arbeitgeber die Herausgabe der von ihm verwahrten Invaliden-Quittungskarte nicht verweigern; denn auch beim Fortbestand des Dienstverhältnisses darf, nach einem Kammergerichtsurteil, der Dienstherr eine solche Karte nicht gegen den Willen des Eigentümers zurückbehalten.

Muss eine Ehefrau ihrem Ehemanne ins Ausland folgen? Das Oberlandesgericht Karlsruhe hat als Berufungsinstanz entschieden, dass eine Ehefrau durchaus nicht verpflichtet ist, auf alle Fälle ihrem Ehemann ins Ausland zu folgen; die Frage ist vielmehr ganz nach Lage des konkreten Falles zu entscheiden.

Makler-Provision. Ist durch die Tätigkeit eines Maklers ein Vertrag zu Stande gekommen, so hat dieser auch dann Anspruch auf den ihm zugesagten Lohn, wenn, wie das Oberlandesgericht Karlsruhe entschieden hat, der Vertrag nachträglich wieder aufgehoben wird.